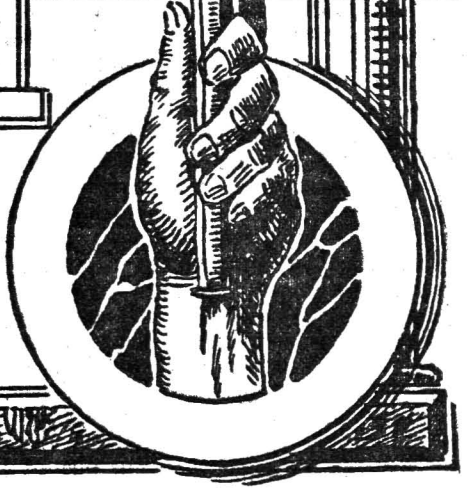
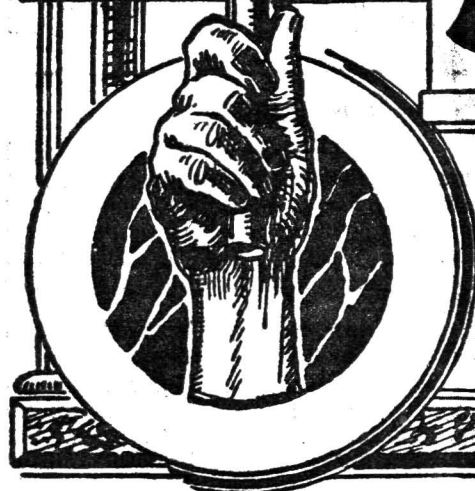


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 34.

Sonnabend, den 20. August 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Bremen. Infolge der Lohnkämpfe sämtlicher Bauarbeiter ist für unser Gewerbe Arbeitsmangel vorhanden, dieses den reisenden Kollegen zur Kenntnis. Sollten trotz der Mahnung Kollegen hier zureisen, werden dieselben ersucht, auf dem Verkehr, Kleine Helle 40, vorzusprechen.

Posta. In den Betrieben der Bruchbesitzer Schmidt in Wehlen und Hein, Alte Posta, legten zirka 100 Kollegen die Arbeit nieder. Buzug ist streng fernzuhalten. Die Unternehmer planen im Elbgrundsteingebiet eine allgemeine Aussperrung. Siehe Artikel.

Colmar i. Elz. Wegen Lohnbewegung ist Buzug nach hier fernzuhalten.

Oldenburg. Platz Högel ist gesperrt.

Halberstadt. Nach Halberstadt ist Buzug streng fernzuhalten wegen Lohndifferenzen. Eine Firma ist bemüht, Arbeitswillige heranzuschaffen, was ihr aber nicht gelingen wird.

Die Einwände des Unternehmertums gegen eine Arbeitslosenversicherung.

I.

Vor kurzem beschäftigte sich der deutsche Reichstag mit mehreren Petitionen, die ihre Spitze gegen die staatliche Arbeitslosenversicherung richteten. Zunächst erklärten sich eine Anzahl Bäckermeister dagegen, daß der Staat die Versicherung gegen die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit in die Hand nehmen solle, „weil dadurch die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit des Handwerkerstandes vollständig untergraben werde“. Mit Recht wies der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfenbühler auf das Ungereimte dieser Behauptung hin, indem er ausführte, daß alle Handwerksmeister gleichmäßig zu den Kosten für eine Arbeitslosenversicherung herangezogen würden, so daß nicht einzusehen sei, wie die Konkurrenzfähigkeit der Handwerksmeister durch eine solche Versicherung leiden könne. Gleichzeitig gab er den biederen Innungsbräuern noch eine bittere Pille zu schlucken, indem er hinzufügte, daß gerade die Bäckermeister zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit wesentlich beitragen, und zwar einerseits durch ihre systematische Lehrlingszüchtereier und andererseits durch die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in diesem Gewerbe herrschen. Ferner petitionierte die Vereinigung Schleswiger Arbeitgeberverbände gegen eine staatliche Arbeitslosenversicherung und beantragte, „die Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in erster Linie den Arbeitern und ihren Organisationen zu überlassen“. Diesem naiven Verlangen gegenüber hob Wolfenbühler hervor, daß gerade die Arbeitgeberverbände ihr vornehmstes Ziel darin erblicken, den Arbeitern die Organisation nach Möglichkeit zu erschweren. „Allerdings“, so fuhr er fort, „hat in erster Linie der Arbeiter Interesse an der Vermeidung der Arbeitslosigkeit. Aber auch der Arbeitgeber sollte Interesse daran haben, die Arbeitskraft zu erhalten. Und der Staat würde, was er für die Arbeitslosen ausübt, schon an dem wieder einbringen, was er für die aus der Arbeitslosigkeit entstehende Not und das Verbrechen ausgeben muß. Nun wendet man immer ein, die Industrie könne die steigenden Kosten nicht tragen. Aber da müßte man doch erst nachweisen, daß die bisherige „Belastung“ etwa seit dem Jahre 1880 der Industrie geschadet hat. Die Beiträge für die Arbeiterversicherung sind ja nichts weiter als der feststehende Teil des Arbeitslohns. Trotzdem laufen sofort beim Auftauchen des Projekts einer Arbeitslosenversicherung diese merkwürdigen Petitionen ein.“ Da das Unternehmen neuerdings planmäßig gegen den Gedanken einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung Front macht, dürfte es von Interesse sein, einmal die Einwände desselben kennen zu lernen.

Bekanntlich ist der Mangel einer Arbeitsgelegenheit und die dadurch herbeigeführte Existenzlosigkeit das größte Uebel für einen modernen Proletarier. Wie ein dräuendes Schreckgespenst, so steht die Arbeitslosigkeit vor dem Angesicht eines jeden Arbeiters. Mag er auch heute noch Arbeit haben, so quält ihn doch stets die bange Frage, wie lange die Arbeit dauern und wann er wieder auf der Straße liegen wird. Die schlechte Lage des modernen Lohnarbeiters wird besonders durch die Unsicherheit seiner Existenz charakterisiert. Hieraus erklärt sich auch das überall auftauchende Streben der denkenden Arbeiter, sich

gegen die wirtschaftlichen Schäden der Arbeitslosigkeit in irgendeiner Weise zu sichern. Sei es, daß man vom Staate oder von den Gemeinden die Sicherung der Existenz fordert (staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung), sei es, daß die Gewerkschaften eine Arbeitslosenversicherung einführen, immer und unter allen Umständen ist es eine der wichtigsten Aufgaben, eine vernünftige Sozialpolitik, die arbeitslosen Proletarier über die schwere Zeit ihrer Erwerbslosigkeit hinweg zu bringen. Da ist es denn eine merkwürdige Erscheinung, daß es noch heute Leute gibt, die den Gedanken eines Schutzes gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Vor kurzem hat ein Herr Dr. Kuh auf einer Konferenz der Arbeitgeberverbände in Hamburg einen Vortrag über Arbeitslosenversicherung gehalten, der den Beifall der Unternehmerpresse gefunden hat. Wir wollen aus diesem Vortrage die Kernsätze herausgreifen und mit ein paar kritischen Bemerkungen versehen. „Neuerdings taucht immer häufiger die Frage auf, so begann der Redner, ob eine Arbeitslosenversicherung nötig oder auch nur wünschenswert sei. Wir sind so sehr daran gewöhnt, jedes Gebiet der menschlichen Tätigkeit reglementiert und durch staatliche Einrichtungen, Gesetze und Verordnungen eingezwängt zu sehen, daß wir das Bewußtsein für die Notwendigkeit freier Bewegung und Entwicklung verloren haben, und doch sind wir auf diesem Wege nahe daran, gerade auch die wertvollsten Kulturgüter zu verlieren. Die Arbeitslosenversicherung würde, wenn sie obligatorisch durchgeführt wäre, eine Quelle des Unheils sein. Man beachte wohl den Unterschied, der zwischen einer solchen Versicherung und den bisherigen Versicherungsformen klafft. Vor dem Tod, vor der Krankheit, vor dem Unfall fürchtet sich ein jeder als vor den größten Uebeln. Schon etwas anders liegt die Sache beim Feuer, denn man weiß, daß auch die Feuerversicherung zu mancher verbrecherischen Handlung, zu mancher freiwilligen Brandstiftung bereits Anlaß gegeben hat. Aber immerhin gehört auch das Schadenfeuer zu den Unglücksfällen, denen jeder gern aus dem Wege geht.“ Der Redner will offenbar sagen, daß mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit Mißbrauch getrieben werden könne, gerade wie dies bei der Feuerversicherung der Fall sei. Er verkennt aber den hier vorhandenen wichtigen Unterschied: Bei einem Schadenfeuer läßt sich die Ursache, z. B. eine Brandstiftung, hinterher nur sehr schwer oder gar nicht mehr feststellen, während bei einer Arbeitslosigkeit die Ursachen und auch die Begleitumstände klar zutage liegen. Will man aber alles verwerfen, was zu Mißbräuchen Anlaß geben kann, so muß man logischerweise auch den Gebrauch des Messers verwerfen, weil man damit einem Menschen den Hals abschneiden kann. Die fernere Befürchtung des Redners, durch eine Arbeitslosenversicherung könnten wir „die wertvollsten Kulturgüter verlieren“, ist so ungemein dumm, denn die Möglichkeit einer jeden Kulturentwicklung beruht ja gerade auf der Sicherung der Existenz der großen Masse des Volkes.

Zur Aussperrung in Posta und Umgegend.

Am 6. August wurden von Seiten der Unternehmer sämtliche bei Verbandsmitgliedern beschäftigte Kollegen ausgesperrt. Der Aussperrung gingen folgende Einzelheiten voraus:

Die Steinarbeiter hiesiger Gegend werden seit einer Reihe von Jahren so schlecht bezahlt, daß sie gezwungen waren, ihrerseits sich zusammenzuschließen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wir haben daher am 22. Juni d. J. sämtlichen Unternehmern unserer Zahlstelle einen von uns ausgearbeiteten Lohnentwurf zur Annahme vorgelegt. Wir waren nicht so naiv, anzunehmen, daß die Unternehmer ohne weiteres diesen Tarif bewilligen würden, glaubten aber entschieden, daß sie, ohne es zu Streitigkeiten kommen zu lassen, in Verhandlungen eintreten würden, hatten uns doch verschiedene Arbeitgeber versichert, sie würden es gerne sehen, wenn von unserer Seite einmal ein Tarif vorgelegt würde, damit die bestehende Schmutzkonkurrenz beseitigt würde. Jetzt steht man aber auf dem Standpunkt, daß man überhaupt keine Lohnhöhung eintreten lassen will.

Man hat uns zwar von Seiten des Verbandes sächsischer Sandsteinbruchinhaber verschiedene Briefe geschrieben, in denen darauf hingewiesen wurde, man wolle mit den Arbeitnehmern eine Sitzung abhalten, jedoch auf eine Verhandlung des Tarifs, insbesondere des Spitz- und Steinmetztarifs, wolle man nicht eingehen. Auch stellte man an uns

das Verlangen, nur drei Kollegen zu der Sitzung zu senden und zwar solche, die bei Verbandsmitgliedern arbeiten. Auf diese Forderung konnten wir nicht eingehen, indem unsere Kollegen verlangten, daß mit denjenigen verhandelt würde, die das Vertrauen der Kollegen besitzen und in unserer Versammlung dazu gewählt waren. Wir konnten uns auch nicht gut vorstellen, warum die Arbeitgeber sich gerade darauf verfeierten; es haben doch nicht nur die Arbeiter der Betriebe von Verbandsmitgliedern die Forderung gestellt, und würden die Verbandsmitglieder, wenn es zu einem Ausgleich käme, ganz wahrscheinlich die Forderung stellen, daß wir das Bewilligte auch bei den Nichtverbandsmitgliedern durchsetzen. Nach langem Hin- und Herschreiben haben wir gesehen, daß uns die Unternehmer nur hinhalten, die Sache also auf die lange Bank schieben wollten. Wir haben darauf angefragt, ob sie gewillt sind, uns bis zum 27. Juli eine definitive Antwort zukommen zu lassen, und darum gebeten, den Tag der ersten Sitzung nicht über den 1. August hinaus zu verlegen. Darauf erhielten wir keine Antwort mehr. Wir haben uns trotzdem bis zum 1. August beschieden, und weil wir dann noch keine Antwort hatten, zur Platzsperrung in den Betrieben von Schmidt und Heine gegriffen, um die Unternehmer zu veranlassen, mit uns in Verhandlungen zu treten. Die Unternehmer stellten sich aber auf den prozigen Standpunkt und drohten uns durch Ausschließen von Plakaten, wenn wir in den gesperrten Betrieben bis zum 3. August die Arbeit nicht wieder aufnehmen, mit einer allgemeinen Aussperrung in unserer Zahlstelle. Wir waren nun nicht in der Lage, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen und so erfolgte am 6. August die Aussperrung. Sie war zwar nicht als allgemein zu betrachten, indem eine Anzahl Unternehmer nicht dem Verbandsangehören und diese ihre Leute weiter arbeiten ließen. Aber auch die Verbandsmitglieder sperrten nur die Steinbrecher aus, ja auch diese werden bei manchen noch zu anderen Arbeiten benutzt. Man hat doch wohl Angst, man könnte nicht so leicht wieder andere bekommen. So läßt z. B. Herr Karst-Lohmen seine Brecher in seinem Betriebe Alte Posta alle als Hohlmacher arbeiten, was unserer Ansicht nach durchaus nicht zulässig ist.

Auch die Spitzer sperrte man nicht mit aus. Diese sollten wahrscheinlich die noch notwendigen Arbeiten, solange das Rohmaterial reicht, fertig stellen, dann mußten sie selbst gehen. Hier suchten uns die Unternehmer in zwei Lager zu teilen, jedoch war ihre Spekulation eine falsche, indem sich die Spitzer mit den Brechern solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit niederlegten. Dies der Verlauf der Sache bis zur Aussperrung. Wiederum gingen die Unternehmer Plakate aus mit der Motivierung, wenn bis zum 13. August die Arbeit in den betreffenden Betrieben nicht aufgenommen wird, sämtliche Steinarbeiter der Bruchbetriebe in der Amtshauptmannschaft Pirna auszusperrn. Wir boten wiederum Verbandsverhandlungen an und zwar durch unseren Verbandsvorsitzenden. Von diesem wurde verlangt, daß wir die Leute namentlich angeben, die von unserer Seite zu Verhandlungen gestellt werden sollen. Wir haben nun fünf Kollegen angegeben, wovon drei Mann, wenn wir recht unterrichtet sind, bei Verbandsmitgliedern in Arbeit standen. Darauf erhielten wir einen Brief, in dem uns mitgeteilt wurde, daß von den vorgeschlagenen Arbeitnehmern nur einer anerkannt wird. Des weiteren wird uns aufgegeben, weitere Namen anzugeben und zwar solche von Brucharbeitern, die bei Verbandsmitgliedern arbeiten. Die Verhandlungen sollen nur auf Brucharbeiten erstreckt werden. Außerdem behalten sich die Arbeitgeber vor, weitere drei Arbeitnehmer von anderer Seite zu den Verhandlungen heranzuziehen. Sie verlangen, daß wir das Einigungsamt, das sie in ihrer Arbeitsordnung in § 13 vorsehen haben, anerkennen sollen. Dieser § 13 lautet:

„Streitigkeiten größeren Umfangs, wie Lohnfragen, Arbeitseinstellung usw. sind dem Einigungsamt des Verbandes sächsischer Sandsteinbruchinhaber zur Entscheidung vorzulegen. Das Einigungsamt wird gebildet aus einer gleichen Anzahl Arbeitnehmender und Arbeitgebender; den Vorsitz führt der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Sandsteinbruchinhaber. Die Arbeitnehmer müssen aus denjenigen Betrieben gewählt werden, von welchen das Einigungsamt angerufen worden ist.“

Aus diesem Paragraphen kann man ersehen, daß die Unternehmer auf jeden Fall das Heft in Händen behalten wollen, sie wollen nur mit den Arbeitern verhandeln, die

in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind, trotzdem sie ganz gut wissen, daß man nicht immer zu Verhandlungen geeignete Personen in diesen Betrieben hat. Auch die Wahl würde eigentümlich ausfallen, denn man hat hier nicht gesagt, daß die Arbeiter das Recht haben, ihre Vertreter selbst zu wählen. Das beweist uns wohl schon der Vorbehalt, den sie uns in ihrem letzten Briefe kundtun, indem sie sich noch drei Arbeitnehmer von anderer Seite zuziehen wollen. Wie würden diese aussehen? Wir staunten, als wir lasen, es würde nur einer von den fünf vorgeschlagenen Personen angenommen, trotzdem wir uns die größte Mühe gaben, dem ausgesprochenen Wunsche nachzukommen. Drei Mann arbeiteten bei Verbandsmitgliedern, folglich auch im Bruch und sind demnach als Brucharbeiter zu betrachten; und trotzdem lehnte man sie ab. Wir können hieraus nur das alte Spiel erblicken, uns hinauszuziehen. Wir müssen aber hier öffentlich erklären, daß wir nicht gewillt sind, uns darüber Vorschriften machen zu lassen, wen wir als Vertreter in unserer Sache zu Verhandlungen schicken wollen. Von den Unternehmern wird verlangt, daß wir ihren Verband voll und ganz anerkennen, und wir haben nichts dagegen einzuwenden, müssen aber auch verlangen, daß man unsere Vertreter von seiten unseres Verbandes zuläßt, und nach diesem System sind die Arbeitgeber auch immer nicht schlecht gefahren. Wenn in dem letzten Briefe erklärt wird, die Verhandlungen sollen sich nur auf Brucharbeiten beziehen, so erklären wir, daß unser Tarif auch nichts anderes verlangt, denn er ist nur für das in Betracht kommende Bruchgebiet bestimmt. Man tut uns zu wissen, daß auf Grund dieser Sitzung, in welcher die letzten Beschlüsse gefaßt wurden, die Aussperrung in der Amtshauptmannschaft Pirna bis zum 22. August verschoben sei. Wir wollen uns hierzu nicht äußern, glauben aber, den Grund dieses Beschlusses zur Genüge zu kennen.

So stehen die Sachen in Wirklichkeit und wir überlassen es der öffentlichen Meinung, ob wir alles getan haben, einen allgemeinen Streik zu verhindern oder ob wir, wie es sich der Pirnaer Anzeiger vom 9. d. M. erlaubt zu schreiben, einen Streik vom Zaune gebrochen haben. Wenn es gilt, den Arbeitern eins auszuwaschen, ist der Pirnaer Anzeiger gleich bereit, aber sich zu informieren, ob die Arbeiter auch Grund haben, Forderungen zu stellen, hat man, wie es scheint, keine Zeit und Lust, sonst könnte auch der Pirnaer Anzeiger einen Artikel bringen, in dem er die glänzenden Verdienste der Brucharbeiter von Posta und Umgehend beleuchten könnte, und da würde er wohl zu dem Entschlusse kommen, daß das Elend durch einen Streik nicht viel schlimmer werden kann, als es jetzt immer bestanden hat.

Reißet Extrabeiträge an die Gauverwaltungen.

Im vorigen Jahre, bei der Umwandlung der Agitationskommissionen in Gauleitungen, schmitt Kollege Müller die Frage der eventuell an die Zahlstellen zu leistenden Extrabeiträge an. Allerdings fand es niemand für notwendig, diesem Vorschlage nachzugehen. Nur der 6. Gau, damals unter Leitung des Kollegen Müller, erhob alljährlich einen kleinen Beitrag von 5 Bfg. pro Mitglied. Dieser bescheidene Beitrag kann gewiß mit Leichtigkeit von jeder Zahlstelle geleistet werden. In allen anderen Organisationen ist es selbstverständlich, daß man durch eine solche finanzielle Beihilfe die Gauleitung aktionsfähiger gestaltet. Es wird wieder eingeworfen werden, wir sind nicht in der Lage, noch einen kleinen Sonderbeitrag zu leisten, unsere Verbandssteuern seien ohnedies zu hoch. Dieses Argument wurde schon vor zehn Jahren angeführt und wird noch unzähligmals angeführt werden.

Bisher war im Fachblatt nichts zu vernehmen, daß einzelne Gauleitungen sich mit einer solchen Vorlage beschäftigten, ich meine die Leistung von einer kleinen Extrasteuer der zum Gau gehörigen Zahlstellen. Gerade momentan, wo doch die Konjunktur als eine im allgemeinen gute genannt werden muß, würde es gewiß nicht schwer fallen, einen solchen Beitrag zu leisten. Durch eine solche Extraleistung kann auch später die Anstellung eines oder zweier besoldeter Gauleiter in Erwägung gezogen werden. Allerdings muß das in nicht so untatsächlicher Weise geschehen, wie vor der Generalversammlung es Kollege Wegner aus Kassel versuchte, der meinte, es müßten gleich vier Gauleiter auf einmal in Amt und Würden gesetzt werden. Wenn in Erfurt die Anstellung besoldeter Gauleiter abgelehnt wurde, so scheinen die Delegierten von dem Gedanken ausgegangen zu sein, momentan ist uns die Geschichte zu kostspielig. Nun, darüber brauchen wir heute noch keine langen Auseinandersetzungen zu führen, trotzdem ich ein Freund von besoldeten Gauleitern bin. Ich kann seit Jahren bemerken, wie gerade im Dresdner Gau die Agitation, ich darf wohl sagen vernachlässigt wird. Eine Infimation der Gauleitung liegt mir vollständig fern, es sind eben Gründe verschiedener Natur, die später auch wohl bergegen werden können. Es ist ja eigentlich skandalös,

daß im größten Steinbruchgebiet Deutschlands, im Elbetal, noch so viele Indifferente vorhanden sind. Hier muß unter allen Umständen durch Agitation versucht werden, die Widerpenntigkeit gegen unsern Verband zu brechen. Nun, ich wollte ja eigentlich die Frage behandeln wegen der Leistung eines Agitationsbeitrags. Auch ich hätte gewünscht, daß im Dresdner Gau zum mindesten die Gauleitung den Zahlstellen den Vorschlag gemacht hätte, denselben einen kleinen Zuschlag aufzulegen. Aber leider merkt man davon nichts. Im Steinarbeiter Nr. 32 stand ein Artikel: Stärkt die Finanzen, wo ebenfalls darauf hingewiesen wurde, die Gauleitungen etwas mehr finanziell zu unterstützen. Daß sich die Zahlstellen nicht rühren, ist begreiflich. Wäre der Vertragsherabsetzung das Wort geredet worden, dann hätten sich sofort ein halbes Duzend schriftstellerisch veranlagte Kollegen gefunden, um diesem Vorschlag mit großer Begeisterung zuzustimmen. Ich erwarte, daß die Gauleitung nun selbst die Initiative zum gemachten Vorschlage ergreift und daß sich ferner die Zahlstellen bereitwillig dem eventuellen Beschlusse fügen. Eine Konferenz, um diese Frage zu ventilieren, ist deshalb nicht im geringsten notwendig, denn der Wert solcher Konferenzen wird nur zu oft überschätzt. Wenn ich erwarte, daß gerade der Dresdner Gau bei der Lösung dieser Frage vorangeht, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß andere Gauverwaltungen folgen werden. Werden die Zahlstellen zu einer kleinen Steuer herangezogen, so haben die Mitglieder derselben auch ein bedeutend größeres Interesse, um die Verbandsidee mehr zu propagieren. Für den Gau Dresden würde ich vorschlagen, daß jedes Mitglied pro Vierteljahr an die Gauleitung 10 Bfg. zu entrichten hätte. Gegenwärtig wird wohl der Gau 2000 Mitglieder zählen, somit würde die abzuführende Summe an die Gauleitung 800 M. betragen. Welche ungeheure Aufklärungsarbeit könnte da geleistet werden.

Öffentlich wird an zuständiger Stelle diese Anregung beachtet.

Die Bauarbeiter-Aussperrung im Maintal beendet.

Der Friedensschluß ist schneller gekommen, als man allgemein geglaubt hat. Als am Dienstag, den 9. August, die Verhandlungen abgebrochen und abermals auf Freitag, den 12. August, vertagt wurden, war man in Arbeiterkreisen der festen Ueberzeugung, daß sich der Kampf noch lange hinziehen werde. Dementsprechend wurden auch die Maßnahmen getroffen und noch möglichst viel Aussperrte in die Industriegebiete abgeschoben. Aber die Unternehmer hatten eingesehen, daß der Zweck ihrer Aussperrung vereitelt war, und deshalb sehnten sie sich nach einem Friedensschlusse. Die Arbeiter können mit dem Erfolge des Kampfes voll und ganz zufrieden sein. Einmal sind durch denselben ihre Organisationen gestärkt worden, und dann haben sie auch materielle Vorteile errungen. Zweck der Aussperrung war bekanntlich, die Organisationen zu zerstören, damit es endlich einmal Ruhe im Baugewerbe gebe. Aber das gerade Gegenteil ist eingetreten: geschlossener und gefestigter gehen die Arbeiter aus dem Kampfe hervor. Das geplante Attentat auf das Koalitionsrecht ist glänzend abgeschlagen worden. Ja noch mehr: Die Unternehmer, die anfangs bedingungslos Unterwerfung forderten, haben sich nach vierwöchentlichem Kampfe zu ganz bedeutenden Konzessionen herbeilassen müssen. Diese bestehen in einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dem Abschluß eines langjährigen Arbeitsvertrages. Mit Ausnahme der Städte Friedberg, Aschaffenburg und Wiesbaden, wo die Verträge nur bis 1906 Gültigkeit haben, laufen sie überall bis 1. März 1908. Und zwar wurde der ortsübliche Stundenlohn für Maurer und folgt festgelegt:

	1904	1905	1906	1907	1908
Aschaffenburg	40	40	42	—	—
Darmstadt	42	44	45	46	46
Frankfurt a. M.	48	50	52	54	54
Friedberg-Naheim	38	38	40	—	—
Hanau a. M.	40	42	43	44	44
Höchst-Griseheim a. M.	43	45	46	48	48
Mainz	45	47	48	49	50
Offenbach a. M.	44	45	47	48	48
Wiesbaden	45	46	—	—	—

Aus dieser Tabelle geht deutlich hervor, daß in den Orten Aschaffenburg, Friedberg-Naheim, Wiesbaden, wo die Bauarbeiter noch ziemlich schwach organisiert sind, auch die Unternehmer in ihren Konzessionen zurückhaltender waren, die Arbeitszeit wurde allgemein auf 10 Stunden festgesetzt, mit zwei Stunden Pause für Frühstück, Mittagessen und Vesper. Außer den Bestimmungen über Zuschläge bei Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist ferner noch vereinbart, daß der Lohn Sonntags während der Arbeitszeit und vor 5 Uhr gezahlt werden muß. Die Lohnzahlung nach Feierabend geschieht auf Kosten des Arbeitgebers. Von großer Wichtigkeit für die Arbeiter ist die Bestimmung, daß die Lohnauszahlung durch sogenannte Partieführer unzulässig ist. Damit ist ein für allemal mit dem

Zur Geschichte der Rochlitzer Porphyrbrücke.

Für die Entwicklung der sächsischen Baukunst ist Rochlitz mit seinen uralten Steinbrüchen und seinem ehemals zünftigen Steinmehrgewerbe zweifellos von großer Bedeutung gewesen, selbst in weit entfernten Gegenden ist der kleine Ort bekannt geworden, seine Bauhütte war weithin berühmt und die ihr gehörige Sittenordnung vom Jahre 1462 ist oft genug besprochen worden. Natürlich kann dieselbe keinen Aufschluß über die Entwicklung des Steinmehrgewerbes in Rochlitz geben, allein sie steht mit derselben in engster Verbindung und man kann daraus schließen, daß die Steinbrüche des Rochlitzer Bergs schon damals eine hohe Bedeutung hatten. Wann freilich der erste Niederschlag durch den schweigenden Forst erklingen ist, läßt sich heute nicht mehr feststellen, mit Sicherheit läßt sich aber annehmen, daß schon die Slaven den roten Stein kannten und verwendeten; am Fuße des Rochlitzer Bergs in südlicher Richtung, liegt das Dorf Sorngitz, welches von den Slaven gegründet ward. Um das Jahr 1000 waren die Brüche sicher schon erschlossen und in der Zeit des romanischen Baustils war der Rochlitzer Porphyr allgemein im Gebrauche; er ward nicht nur in der nächsten Umgebung, sondern auch in weiter entfernt liegenden Ortschaften verwendet und hat sich bis heutigen Tages in den verschiedenen alten Kirchen usw. gut erhalten. Bekanntlich wurde vielfach angenommen, daß die ersten Steinmehnen und Bauleute des Mittelalters lediglich Klosterbrüder waren, welche die damaligen Bauwerke schufen; neuerliche ein-

gehende Forschungen (namentlich durch den Herrn Dr. Frau in Rochlitz) haben jedoch dargetan, wenigstens für die Arbeiten aus Rochlitzer Stein, daß diese nicht nur von Mönchen hergestellt worden sind, sondern daß bei ihnen schon von jeher Laienbrüder mitgewirkt haben. Ueber die näheren persönlichen Verhältnisse jener alten Werkleute wissen wir leider nichts zu berichten, sie haben nicht einmal Steinmeh-Reichen auf ihren Arbeiten hinterlassen, wie solche im späteren Mittelalter üblich wurden; die ersten solchen Zeichen finden wir auf Rochlitzer Werkstücken aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts. Die hauptsächlichsten Leistungen in romanischer Bauperiode aus dem so beliebten roten Rochlitzer Porphyr sind unstreitig die Klosterkirche in Wechselburg, die Stadtkirchen in Geithain, Wickershain, Rochlitz, Lausitz usw. Bei ihnen wurden zumeist große starke Quader verwendet und als Schmuck kehrt immer wieder die Liffene mit dem Mundbogenfims.

Auf diese rege Bautätigkeit der romanischen Zeit folgte zunächst eine Ruhepause; erst im 14. Jahrhundert mit der Ueberhandnahme des gotischen Baustils erfolgte eine neue Blütezeit für die Rochlitzer Bauhütte, es entstanden mit ihrer Hilfe viele Burgen, Schlösser und Kirchen in dortiger Gegend, in Rochlitz waren es zunächst die im frühgotischen Stil erbauten Schloßtürme, sodann folgte die herrliche Kunigundenkirche mit ihrer reichen Ornamentik, bei deren Bau auch die Rochlitzer Hütte gegründet worden sein soll. Das bedeutendste Bauwerk, welches überhaupt von den Rochlitzer Steinmehnen geschaffen ward, ist die im großen Dimensionen erbaute Stadtkirche zu Mittweida an

unhaltbaren System gebrochen, daß Arbeiter durch Arbeiter ausgebeutet werden. Aus den allgemeinen Bestimmungen ist noch hervorzuheben, daß die Agitation während der Arbeitszeit auf den Bauten unterbleibt. Dabei werden aber Pausen nicht als Arbeitszeit betrachtet. Auch haben die Unternehmer ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation kein Entlassungsgrund sein soll. Darin liegt unseres Erachtens mit der Hauptwert der Vereinbarungen. Die Unternehmerverbände haben die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt. Die Unternehmer werden bald einsehen, daß das nur von Vorteil für sie ist. Hoffentlich ziehen sie aus diesem Kampfe die Lehre, daß Scharfmachereien, wie sie von dieser oder jener Seite beliebt und beachtet waren, im Zeitalter starker gewerkschaftlicher Organisationen ihren Zweck nicht erreichen.

So ist's recht!

Die Bauarbeiter der Unterweserorte sind ausgesperrt und in aller Herren Länder werden „nützliche Elemente“ gesucht. So kamen auch Werber nach Prag, haben aber dort die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die organisierte Arbeitererschaft, gemacht. Der Fischzug dortselbst endete mit einer großen Blamage, die ihnen die organisierten Zimmerleute Prags bereiteten.

Einer der Werber kam aus Bremen nach Prag und geriet zu seinem Unglück in das Lokal der Prager organisierten Zimmerleute. Als er mit seinem Begehren herausrückte, stellte sich ihm ein organisierter Zimmermann sofort zur Verfügung, und das „Werbegeschäft“ begann. So leicht war dem Werber die Arbeit noch nie gewesen, denn in Prag sind zurzeit die Zimmerleute ebenfalls ausgesperrt und da hatten sie Mühe, dem verächtlichen Subjekt von Streibbrecheragenten einen Streich zu spielen, den er so bald nicht vergessen wird. Die Ausgesperrten wurden insgesam verständig und strömten in hellen Scharen in das Gasthaus, wo die Werbung stattfand. Innerhalb einer halben Stunde waren 200 „Arbeitswillige“ angeworben — leider nicht allzu „nützliche Elemente“, wie die nachfolgenden Ereignisse beweisen sollten. Der Werber, mit seinem so leichten Erfolge zufrieden, ließ etwas springen. Am Sonnabend den 6. August zahlte er den „Arbeitswilligen“ 500 Glas Bier, zudem erhielt jeder zwei Zigarren. Die Stimmung war also eine sehr gehobene. Dann ging es ans Packen. Aber die „nützlichen Elemente“ waren sehr unnütze Elemente, und trotz aller Beaufsichtigung packten sie in die großmächtigen Kisten, die ihre Gabeligkeiten aufnehmen sollten — Ziegelsteine. Die „teuere“ Birde wurde dann als Gilgut nach Bremen aufgegeben, wo sie wohl schon angelangt sein wird. Tags darauf sollte die Abreise stattfinden. Die „Arbeitswilligen“ fanden sich vollzählig ein und es ging an ein feucht-fröhliches Abschiednehmen und wieder floh, von der freigebigen Hand des Werbers gespendet, das Bier in Strömen. Aber dann erfolgte das Schreckliche — denn als sich die Geworbenen genügend gestärkt hatten, stellten sie sich in Reih und Glied und der Sekretär der Holzarbeiterorganisation enthüllte dem Unglücksmenschen von Werber, mit was für „unnützen Elementen“ er es zu tun hatte, und hat wegen des kleinen unschuldigen Scherzes, den sich die Prager Zimmerleute mit ihm gestattet hatten, in wohlgefesten Worten um Entschuldigung. Die Zimmerleute jedoch benutzten die Gelegenheit, dem Werber ihre Meinung zu sagen, und was der Herr zu hören bekam, verleidete ihm sein ehrenhaftes „Geschäft“ auf lange Zeit. Draußen auf dem Geseise warteten drei Waggons auf die „Streibbrecher“, die indessen unter Hochrufen auf die internationale Arbeiterolidarität das Bahnhofsgelände verließen. Mutterseelen allein dampfte dann der Werber gegen Bodenbach; vielleicht hat ihn der Gedanke getröstet, daß in Bodenbach auf ihn 200 Portionen Rostbraten, die er für die Arbeitswilligen bestellt hatte, warteten, die er sich, nachdem ihm so der Magen gepuht worden war, gewiß gut schmecken ließ.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In letzter Zeit häuften sich beim Zentralvorstand die Anfragen wegen der kleinsten geschäftlichen Angelegenheiten in den Lokalverwaltungen in sehr starker Weise. Es wird Auskunft verlangt, wieviel es Beitragsklassen gibt, wieviel Prozente am Orte behalten werden dürfen usw. Es ist uns unmöglich, alle diese Anfragen brieflich zu beantworten, insbesondere jetzt, wo eine Menge Lohnbewegungen geführt werden. Wir müssen darauf verweisen, daß die Vorstandsmitglieder sich im Leitfaden, den sie in Händen haben, in der erschöpfendsten Weise Auskunft verschaffen können. Der Gesamtvorstand der Lokalen Verwaltung muß mit dem Inhalt dieses Büchleins genau vertraut sein, dann aber sind solche kleinliche Fragen überflüssig. Gerade bei Lohnbewegungen bemerken wir fast immer, daß unsere Mitglieder das Statut nicht einmal kennen, die örtliche Leitung aber es auch veräümt hat, den Leitfaden in den Versamm-

der Schöppau, etwa drei Stunden vom Rochlitzer Berg entfernt. Dieses Bauwerk ist nur aus Rochlitzer Porphyr in gleichmäßig roter Farbe aufgeführt worden, der Chorbau ist eine großartige Leistung der Steinmehkunst, seine äußeren Strebepeiler zeigen reichen gotischen Zierrat und sein Inneres ist mit schön geformten Rippengewölben köhn überspannt.

Was nun die Steinbrüche des Rochlitzer Bergs selbst betrifft, so hat sich über dieselben folgendes feststellen lassen. Sie befanden sich bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts in den Händen von „Steinbrechern“, die zumeist auf Dörfern bei Rochlitz wohnten und allem Anschein nach auch nebenbei Landwirtschaft betrieben, da sie teilweise auch als Großpächter bezeichnet werden. Die Preise der Brüche waren verhältnismäßig niedrig; beispielsweise wurde 1562 ein Bruch für zwei Schock, 1564 ein anderer um acht Schock, 1580 um 20 Schock verkauft, während 1595 für einen gar 17 neue Schock gegeben wurden. Die Preise mögen sich nach Größe und Güte der Brüche gerichtet haben, doch wird hierüber in der Chronik nichts Näheres mitgeteilt. Im 17. Jahrhundert gehen allmählich die Brüche aus den Händen der Steinhauer in die der Steinmehmeister über.

Die Rochlitzer Porphyrbrüche sind also wohl die ältesten Betriebe mit in der Steinindustrie. Die nicht ganz moderne Betriebsweise hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, ein maschineller Betrieb, bis auf einige Sebewerzeuge, ist bis heute noch nicht eingeführt. Es mag das zum großen Teil an den technischen Schwierigkeiten bei der Gewinnung des Materials liegen. Das Material ist in einem ganzen

lungen zu verlesen und zu besprechen. Wird eine Lohnbewegung inszeniert, dann beachte man überall das Statut sowie Leitlinien und Differenzen wegen der gestellten finanziellen Forderungen, die statutarisch nicht berechtigt sind, werden vermieden.

Die Kassierer und Vertrauensleute der Zahlstellen werden hiermit aufmerksam gemacht, vom 1. September ab keine Reisekarten mehr auszustellen. § 5 des Statuts. Die Unterstützungsberechtigten, welche sich in den Besitz einer Reisekarte setzen, und im Laufe des Jahres auf Wanderschaft gehen wollen oder müssen, haben ihre Bücher nebst alter Reisekarte bis zum 25. August einzusenden; in den Zahlstellen wird die Einsendung der Bücher von der Verwaltung besorgt.

Die auf der Reise sich befindenden Kollegen haben ihre Bücher nebst Reisekarte selbst einzusenden und den Ort anzugeben, wo sie die neue Reisekarte hin haben wollen. Alle nach dem 1. September noch auf die alte Karte bezogene Reiseunterstützung wird auf der neuen vorgetragen resp. angerechnet.

Alle in den Zahlstellen noch vorhandenen Reisekarten sind mit einzusenden.

An unsere Mitglieder.

Veranlaßt durch vielfache Anfragen haben wir den Verleger gemacht, das in Nr. 31 des Steinarbeiters besprochene Werk *Vipinskis: Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis*, unseren Mitgliedern zu einem billigen Preise zugänglich zu machen. Durch Vereinbarungen mit dem Verleger sind wir in den Stand gesetzt worden, das Werk erst mit 2 Mk. unseren Mitgliedern mit 1.60 Mark pro Exemplar liefern zu können.

Wir machen unsere Mitglieder ganz besonders darauf aufmerksam, die Gelegenheit, ein gutes und nützliches Buch zu erwerben, nicht vorübergehen zu lassen. Die Bestellungen können einzeln oder gemeinsam aufgegeben werden und sind ausschließlich an das Bureau des Steinarbeiterverbandes, Leipzig, Gr. Fleischergasse 14, I, zu richten.

Wir werden außerdem das Wert der Zahlstellenleitern unaufgefordert zugehen lassen, die besonders rege den sozialpolitischen Fragen Interesse entgegengebracht haben und bitten wir, den Rechnungsbetrag bei der nächsten Quartalsabrechnung mit einzusenden.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte *Oktavbogen* (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Mttenröthen (Weißthalen). Endlich gelang es auch hier, die Kollegen zu überzeugen, daß sie dem Verbandsbeiträge mifßen. Am Sonntag, den 7. August, war hier eine Besprechung und es ließen sich sofort 26 Kollegen aufnehmen, gewiß ein schöner Anfang. Wir wollten eigentlich eine Zweigstelle von Dortmund bilden, es ist aber besser, hier sofort eine Zentrale zu gründen. Dortmund bedarf selbst noch erst der Entwicklung und der Gesundung der inneren Verhältnisse. (Sehr richtig! Die Redaktion.) In 14 Tagen findet eine Versammlung statt, in welcher Gauleiter Schmidt aus Düsseldorf das Referat übernehmen wird; die Kollegen befinden sich dafür, ein sehr großes Interesse, indem schon mächtig für den Besuch derselben agitiert wird. Es ist uns gelungen, ein Lokal zu gewinnen, alles müssen wir aufbieten, um die gewonnene Position festzuhalten. Die Zustände im Verbands sind hier unter aller Kritik. Wir haben alle Ursache, die Zustände zu bessern; insbesondere die Bundesratsverordnung muß innegehalten werden. Die Kollegen von Mttenröthen haben alles zu unternehmen, um die Zahlstelle auf die Dauer aufrecht zu erhalten.

Offenbach a. M. Dienstag, den 9. August tagte hier eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung. Es wurde beschlossen, daß sämtliche Statistiken bei jeder Monatsversammlung vorgezeigt werden müssen zwecks Prüfung derselben. Es entspann sich dann eine lebhafte Debatte über den Platz Schäfers-Hechenheim. Dieser Meister ist nämlich so, wenn ein organisierter Kollege bei ihm zuspricht um Arbeit, stellt er ihn ein, muß aber binnen 14 Tagen sein Buch bei ihm abliefern oder er kann wieder gehen. Wir bedauern nur, daß sich Kollegen von einem solchen Meister zwingen lassen. Aber woran liegt die Schuld? Bei den Kollegen selbst. Als vorige Woche Kollege Starke in Frankfurt weilte, hätte er auch einmal sich nach Offenbach begeben können, da hätte er die Situation kennen gelernt, wie es in Offenbach sieht wegen der Aussperrung. Es scheint, als wenn wir in der dunklen Ecke liegen. Wir haben das ganze Jahr agitiert, und haben es mit vieler Mühe so weit gebracht, daß sämtliche Steinarbeiter in Offenbach geschlossen dastehen. Jetzt fängt es schon wieder an zu gären. Sodann wurden die zwei Briefe verlesen von der Zentralleitung über unsere abgelehnte Aussperrungsunterstützung. Unser Gauleiter Herrmann sollte uns Rat und Auskunft erteilen, aber er erschien nicht. Als vor drei Wochen sämtliche Bauarbeiter von Frankfurt, Offenbach usw. ausgesperrt wurden, haben wir sogleich Stellung genommen nach vorhergegangener Vorstandssitzung mit sämtlichen Bauarbeitern. Wir

wollten uns solidarisch erklären und haben es sofort berichtet. Wir erhielten zur Antwort, ruhig Blut zu behalten, weiter zu arbeiten und weitere Schritte abzuwarten. Wir haben jetzt gewartet und es liegen schon fünf verheiratete Mann auf dem Pflaster wegen Arbeitsmangel. — Wir haben jetzt die Arbeit fertig gemacht, und die Neubauten haben die Meister ins Maintal gegeben. Sämtliche Kollegen sprachen sich dafür aus, daß uns die abgefragte Unterstützung werden muß. Wäre Kollege Starke zu uns gekommen, so hätte er die Situation kennen gelernt. Der Delegierte vom Kartell bedauert, daß wir die Unterstützung nicht gewährt bekommen, er werde im Kartell beantragen, eine Zentralisation der Organisationen im Baugewerbe herbeizuführen, so daß es nicht mehr heißt, Verband der Steinmehrer oder Maurer usw., sondern Verband der Bauarbeiter Deutschlands. Sollte dann wieder einmal eine Aussperrung erfolgen, dann können wir wenigstens Front machen und bekommen auch die Unterstützung gewährt. Wir möchten einmal anfragen, warum wir Delegierte nach dem Kongreß schicken, denn das, was dort ausgearbeitet wird, verflöht ja gerade gegen die Statuten. Die Zentralleitung weiß ganz gut, daß hier die Aussperrung ist. Wenn man in den Steinarbeiter sieht, liest man stets Streit auf Streit, würde sie einen solchen unterjagen. Wir meinen, es wäre besser hier angebracht als sonst wo. Es wurde sodann beschlossen, für die arbeitslosen Steinmehrer Sammellisten zirkulieren zu lassen und etwas aus der Lokalfasse zu spenden, damit sie wenigstens nicht hungern müssen. Sollte es hier wieder so weit kommen, daß die Zahlstelle ins Sinken kommt, so ist nur die Zentralleitung schuld. Zum Schluß wurde nachfolgende Resolution ausgearbeitet und angenommen: „Die am 9. August gut besuchte Versammlung, welche von seiten der Gauleitung die Zusage, einen Vertreter zu entsenden, erhalten hat, jedoch kein solcher erschienen ist, betrachtet die Arbeitslosigkeit einzelner Kollegen als Aussperrung und bittet den Ausschuß, die Sache nochmals zu beraten und zu regeln; außerdem wir uns weiterwenden.“

Anmerkung der Redaktion: Dieser Bericht würde, wenn wir eine Klarstellung unterlassen würden, den Anschein erwecken, als hätte der Zentralausschuß den Kollegen in Offenbach eine ihnen zustehende Unterstützung versagt. Zunächst sei richtig zu stellen, daß dem Kollegen Starke nicht zugemutet werden kann, alle Orte des Aussperrungsgebietes der Bauarbeiter zu bereisen, da fehlt es bei uns an Zeit. Raum war Starke in Frankfurt, so sollte er schon im Elbsandsteingebiet anwesend sein, um Unterhandlungen anzuknüpfen. Man soll nur nicht immer schreiben, wir sind benachteiligt, sondern es müßte doch auch einer auf den Gedanken kommen, wir haben momentan 13 Lohnbewegungen und überall wird der Zentralvorstand gewürdigt. Da ist es doch rein unmöglich, allen Wünschen gerecht werden zu können. So wird es auch dem Kollegen Herrmann ergangen sein, wenn er nicht anwesend sein konnte. Zu der Unterstützungssache sei folgendes kurz bemerkt: Die Offenbacher Kollegen schreiben, durch die Aussperrung der Bauarbeiter würden **etliche Kollegen arbeitslos**, und sie definieren weiter, die sind nun ausgesperrt. Dem ist nicht so. Wenn die Steinmehrer eine Aussperrung planen, so geschieht diese in Korporate, wenn aber heute einer entlassen wird, morgen wieder einer, so ist dies doch keine Aussperrung. Die Meister haben Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgenommen, und Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen, sind wir nicht in der Lage, weil selbige nicht eingeführt ist. Wenn die Führerwerkbesitzer im Aussperrungsgebiet keine Materialien mehr anschaffen dürfen und die Führerrechte entlassen, so wird wohl niemand behaupten, letztere sind ausgesperrt. **Auch andere Verurteilungen werden indirekt von dieser Aussperrung mehr oder weniger getroffen.** Daß bei den Steinmehrer eine Aussperrung nicht vorliegt, befragt doch die Resolution selbst, indem von der Arbeitslosigkeit einzelner Kollegen gesprochen wird. In größeren Städten, z. B. Dresden, Bremen, werden bei Bauarbeiterstreiks die Steinmehrer immer indirekt geschädigt; niemand ist bisher auf den genialen Gedanken gekommen, die Sache so zu definieren, wir sind, weil wir arbeitslos wurden, unterstützungsberechtigt. Das ist Arbeitslosenunterstützung im wahren Sinne des Wortes. Solche Vorkommnisse mögen uns vielleicht der Lösung dieses Unterstützungsproblems näherbringen. Wenn der Kartelldelegierte aus dem Grunde, weil Unterstützung nicht bezahlt wird, eine Organisationsänderung beantragt, so hindert ihn daran niemand. Wenn ferner betont wird, warum tagen Kongresse und was wird dort ausgearbeitet, so ergibt sich die Antwort von selbst. Es werden diejenigen statutarischen Bestimmungen sanktioniert, die als zweckdienlich erscheinen. Mit der Arbeitsleistung der Erfurter Generalversammlung erklärte sich die Zentrale Offenbach vollkommen einverstanden, siehe Bericht in Nr. 25 des Steinarbeiters, wo der Delegierte Herrmann lebhaften Beifall erntete. Was momentan die vielen Streiks anbetrifft und die Motivierung dazu, daß lieber denselben Einhalt getan werden sollte, so müssen wir schon betonen, daß in Versammlungen oft über Dinge diskutiert wird, wo keiner von den Anwesenden in der Lage ist, ein Urteil abzugeben zu können wegen mangelnder Information. Wenn die Offenbacher Kollegen unterstützungsberechtigt sein würden, müßten sie dieselbe erhalten, gleichgültig, wieviel Streiks geführt werden zurzeit. — Zum Schluß im Bericht heißt es, die Zahlstelle gehe wieder retour, und wer hat die Schuld? natürlich wie immer, die Zentralleitung. Dieses Argument steht beinahe in jedem Brief, und es wäre an der Zeit, in Zukunft eine solche Randbemerkung zu unterlassen. Daß in der Zeitung auf eine solche Ausführung nicht der geringste Wert gelegt wird, ist klar. Das Prognostikum lautet ja bei den Steinarbeitern immer: Wird dies oder jenes nicht genehmigt, dann geht die Zahlstelle zugrunde. — Wenn eine Zentrale schon so morsch ist, daß wegen jeder Kleinigkeit die Auflösung derselben in Aussicht gestellt

wird, so ist das ein sehr schlechtes Zeugnis für die *Wortarbeit* sowie Mitgliedschaft. Und fürwahr, solche Arbeiter wollen sich Kämpfer des unterdrückten Proletariats nennen, die, weil ihnen der Willen nicht getan wird, sofort alles über Bord werfen. Wenn das Gros der organisierten Arbeiterschaft diesen Standpunkt einnehmen würde, dann hätten die Unternehmer allerdings ein leichtes Arbeiten.

Bremen I. Am 9. August tagte eine Mitgliederversammlung. Bei Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung wurde bedauert, daß kein Bericht in der Presse erschienen ist. Es wurde beschlossen, wenigstens die Resolution „in Betreff Arbeitsnachweis“ zu veröffentlichen. Diese lautet: „Die am 9. Juli tagende kombinierte Versammlung beschließt, dem von den Baugewerksmeistern eingerichteten unparteiischen Arbeitsnachweis nicht die geringste Beachtung zu schenken. Sie verpflichtet ihre Mitglieder, von demselben keinen Gebrauch zu machen, andernfalls dieselben nicht mehr als organisiert betrachtet werden.“ Bei der Abrechnung vom 2. Quartal berichten die Meisterei, daß alles in bester Ordnung vorgefunden worden sei. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nachdem die Statistik verlesen wurde, beschloß, dieselbe in der Parteipresse zu veröffentlichen. Um aber ein richtiges Bild zu bekommen, wurde noch ein Kollege hinzugewählt, damit die örtlichen Verhältnisse beleuchtet werden. Um die Tarif- und sonstigen Streitigkeiten zu regeln, wurde eine Schiedskommission von drei Kollegen gewählt. Den Beschluß der Gaukonferenz des 6. Gaues in Hannover, einen Gaubeitrag von 10 Pf. pro Kopf und Quartal zu erheben, trat die Versammlung bei. In einem Brief eines Altonaer Kollegen wurde Beschwerde über die Hamburger Kollegen sowie auch über Staudinger geführt. (Die Bremer Kollegen sollten wohl eine Art hohen Gerichtshof bilden und das Verdikt: Schuldig aussprechen. Die Redaktion.) Die Versammlung kann sich des weiteren nicht mit der Sache befassen. Sie gibt dem Kollegen anheim, sich beim Ausschuß zu beschweren. Eine recht lebhafte Debatte entspann sich über den Artikel „Unternehmerwillkür“ in Nr. 29 des Steinarbeiters. Es wurde bedauert, daß, nachdem einigermassen Ruhe in der Zahlstelle eingetreten war, von dem Kollegen Jesau Unrichtigkeiten in die Welt posaunt werden. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung der Steinarbeiter protestiert gegen die Darstellung des genannten Artikels, da sich derselbe weniger mit der Willkür des Unternehmers, wie mit der Beschaffenheit und der Handlungsweise der Kollegen beschäftigt. Da der Artikel geeignet ist, das Ansehen der Kollegen herabzusetzen, so fordert sie den Kollegen Jesau auf, für die in diesem Artikel enthaltenen Beschuldigungen im Steinarbeiter Klipp und klar die Beweise zu erbringen, andernfalls sie denselben nur als einen Lügner betrachten kann. Auch kann sie sich der Redaktion gegenüber eines Vorwurfs nicht enthalten, da diese doch wissen mußte, daß dieser Artikel nur geeignet war, Unfrieden in die Zahlstelle hineinzutragen.“ Amendement: „Wenn der Kollege Jesau die Beweise erbracht hat, dann behält es sich die Versammlung vor, die Gegenbeweise im Steinarbeiter zu erbringen.“ Daß genannter Artikel das gebracht hat, was jeder voraussehen konnte, ist eingetrotten. Der verheiratete Kollege, „um den es sich in dem Artikel handelt“, ist wegen Arbeitsmangel entlassen worden. Obwohl Arbeitsmangel vorhanden ist, nehmen die Kollegen aber doch an, daß diese Entlassung eine indirekte Maßregelung ist. Im Bubenrecht erklärte der Meister, nichts gegen den Kollegen zu haben; auch wolle er noch ein Wort bei den andern Meistern für den Kollegen einlegen, damit er nicht zu feiern brauche. Unter diesen Umständen konnte dem Kollegen, der stets seine Pflicht tut, nur die moralische Unterstützung zugebilligt werden. Die finanzielle mußte verjagt werden, weil der Kollege sofort bei einem andern Meister in Arbeit treten konnte.

Anmerkung der Redaktion. Es wäre besser gewesen, die Bremer Kollegen hätten mit weniger Entrüstung, aber mit desto größerer Sachlichkeit die Angelegenheit mit dem Artikel in Nummer 29 des Steinarbeiters behandelt. Ein Kollege, der die dortigen Verhältnisse ebenfalls kennt, drückte der Redaktion seine Zustimmung aus über diesen Artikel und fügte hinzu, insbesondere in Bremen möchte von einem Teil der dortigen Kollegen dem weiteren Artikel in Nummer 31 mit der Überschrift: „Mehr Kollegialität“ recht große Beachtung entgegengebracht werden. Im Artikel der Nummer 29 wurde auf den Platz Schmidt u. Schäfers Bezug genommen und eine kurze Kritik eingeschoben; nun, dieses wird in Versammlungsberichten vom 9. August feierlich dementiert. Aus diesem Grunde findet sich die Redaktion veranlaßt, auf folgende, allerdings im Steinarbeiter nicht veröffentlichte Resolution des vorigen Jahres hinzuweisen, welche auf Seite 19 des Protokollbuchs in der Umschrift wieder zu finden ist, und lautet: „Die heute, am 11. November 1903 tagende Versammlung beurteilt mit Entrüstung die Handlungsweise der Kollegen auf Schmidt u. Schäfers Werkplatz dem Kollegen Wagenknecht gegenüber, und verweist darauf, daß es unwürdig ist unter Arbeitern, beim Geschäft zu veranlassen, daß ein Kollege entlassen wird, weil er nicht der Handlungsweise anderer Kollegen huldigt. Außerdem ist das Einmischen des Unternehmers in unsere Organisation entschieden zurückzuweisen.“ Diese Resolution befragt genug, und wir müssen nachträglich die Handlungsweise der Steinmehrer auf genanntem Werkplatz aufs schärfste mißbilligen. Es wäre deshalb besser gewesen, die scharfen, vollständig unqualifizierten Ausdrücke dem Kollegen Jesau gegenüber zu unterlassen und sich der Resolution vom 11. November 1903 gefälligst zu erinnern, denn was dort gesagt ist, ist einfach eine Blamage für Klassenbewußte Arbeiter. Wenn weiter der Redaktion noch der Vorwurf der Leichtfertigkeit gemacht wird wegen Aufnahme des

Felsenkegel, welcher vulkanischer Bildung ist, vorhanden. Auch kann der Stein nicht gespalten werden, wie andere Sandsteinarten, sondern es muß jedes Werkstück in seiner Größe und Form umschrotten werden, welches durch eigens dazu qualifizierte Arbeiter, welche Schröter genannt werden, ausgeführt wird, und dann muß es durch Keile vom Felsen gehoben werden. Eine Schwierigkeit bilden noch durch den ganzen Felsen nach verschiedene Richtungen gehende glatte Schnitte oder Stiche, welchen bei dem Anlegen der Stücke aus dem Wege gegangen werden muß, um gesunde Steine zu erlangen. Doch werden in der modernen Architektur und Bauweise die verschiedenartigsten Steine in Form und Größe gebraucht, so daß auch hier bei rationeller Betriebsweise bedeutender Nutzen erzielt wird. Und gerade in der kommerziellen Betriebsweise hat sich in den letzten Jahrzehnten vieles, auch in den hochliegenden Brücken, geändert. Bis Mitte der 90er Jahre betrieben 7 Steinmehrer selbständig jeder für sich einen Bruch, mit 6, 8 bis 12 Steinmehrer und ebenjoviel Hilfsarbeitern. Größere Bauten, welche auch infolge der Boden- und Kapitalrente schnell geliefert werden mußten, konnte der einzelne nicht übernehmen. Die Unternehmer verbanden sich wohl zu größeren Lieferungen, aber kleine Eisenschäfte, wie dieselben der Konkurrenzkampf mit sich bringt, ließen es zu einem großen, gedeihlichen Zusammenwirken nicht kommen. Verschiedene Ursachen bewirkten auch hier die Veränderung. Vornehmend bildeten glatte Arbeiten für die Landbevölkerung den Hauptbestandteil der Produktion. Dieselben sind aber im Laufe der Zeit ersetzt worden durch Zement und Eisen. So waren es vorzüglich glatte Fenster

und Lürgerüste, Bodenplatten usw., welche durch Zement, Viehtröge usw., welche durch Beton ersetzt sind. Mit diesen Arbeiten wurden auch die Arbeiter den Winter über zum Teil und mit recht minimalen Löhnen beschäftigt, indem diese Arbeiten auf Vorrat hergestellt werden konnten. Das ist eben anders geworden, und will man jetzt einen halbwegs lohnenden Betrieb aufrecht erhalten, muß sich schon ein Unternehmer nach den größeren Staats- und Kommunalbauten umsehen. Das war wohl der Hauptgrund mit dazu, daß die einzelnen Unternehmer ihre Selbständigkeit aufgaben und ihre Betriebe zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammenlegten. Ein anderer Grund mag auch noch mitgewirkt haben, um die Verhältnisse vorwärts zu treiben.

Mit der modernen periodischen Bau- und Betriebsweise wurde die Existenzsicherheit der Arbeiter eine noch viel geringere als vordem, das veranlaßte in erster Linie die Steinmehrer, das wilde Affordsystem zu beseitigen und feste Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern abzuschließen, was aber die Organisation bedingte und voraussetzte. Es gründete sich eine Zahlstelle der Steinarbeiterorganisation, und die Steinarbeiter standen zum erstenmal seit der früheren Zukunft geschlossen den Unternehmern gegenüber. Ein Tarif wurde abgeschlossen, welcher von beiden Teilen für notwendig gehalten wurde und noch wird. Leider liegt die für jedesmalige Neuverhandlung resp. Vereinbarung in der für die Arbeiter ungünstigsten Zeit, dem Winter. Die Betriebe der hochliegenden Borphyrbrüche bestehen jetzt, wie schon bemerkt, in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche fünf im Betriebe befindliche

Brüche umfaßt, welche sich auf dem Gipfel und der südwestlichen Seite des Hochliger Berges befinden. Ein anderer Betrieb an der nordöstlichen Seite ist der Th. Schillingische Steinbruch, welcher von seinem früheren Besitzer an den Staat verkauft wurde und jetzt in Pacht betrieben wird. Ein dritter Betrieb ist der auf einem Ausläufer in nordwestlicher Richtung liegende sogenannte Walschbruch. Die beiden letzteren Betriebe kann man als Kleinbetriebe bezeichnen. Der Schillingische Bruch wird durch die barocken willkürlichen Ansichten seitens der Betriebsleitung in seiner rationalen Ausbeute und Leistungsfähigkeit gehindert, es wird mit den rückständigsten und primitivsten Mitteln gearbeitet, so daß es eben schwer ist, mit dem besten Willen der Arbeiter, dort erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Der andere Kleinbetrieb leidet an seiner natürlichen Veranlagung, es fehlt an Material, da er nur ein Ausläufer ist, welcher sich auch durch die regsamste Geschäftsführung seines jetzigen Besitzers nicht erheben läßt.

Nach einigen Jahren guten Geschäftsgangs, in welchen eine Anzahl größere Bauten geliefert wurden, es sei nur der Rächhof des Leipziger Rathauses genannt, an welchem auch der Th. Schillingische Betrieb beteiligt war, hat eine seit vorigem Jahr ihren Anfang genommene Flaue eingesetzt, welche nur von Zeit zu Zeit von einer rudimentären Tätigkeit unterbrochen wird.

Als letztere größere Arbeit mag noch erwähnt werden, daß die Innenarbeiten zum Leipziger Rathaus aus hochliegenden Material angefertigt wurden, und Kollege Starke nunmehr unser Zentralvorsitzender, manches Werkstück zu diesem großartigen Bauwerke verfertigte.

Artikels in Nummer 29, so weisen wir diesen Vorwurf entschieden zurück. Die Redaktion geht von dem Gesichtspunkte aus, daß das kollegiale Gefühl unter den organisierten Steinarbeitern noch viel zu wünschen übrig läßt. Da kann in erster Linie durch geeignete Artikel im Fachblatt auf diesem Gebiete Besserung geschaffen werden. In Bremen scheint man aber Kollegen, die frei und frank die Wahrheit sagen, vor das Forum der Versammlung zu laden und nach echt russischer Klaffenjustiz das Schuldig zu fällen. Wir haben den etwa 40 Zeilen langen Artikel in Nummer 29 wiederholt gelesen, aber nicht das geringste gefunden, was Veranlassung zu der oben abgedruckten Resolution geben konnte. Im übrigen scheint es, als ob die Kollegen bei Schmidt u. Schäfer sich für die Firma unnötigerweise ins Zeug legen. Gewiß mag für einen Teil der Steinwerke in Bremen das Gesagte unangenehm sein, das wäre aber nur ein Beweis, daß der Artikel seine Wirkung nicht verfehlt hat, und damit sind wir zufrieden.

Colmar. Eine am Donnerstag, den 11. August, im Goldenen Adler abgehaltene, gut besuchte Steinarbeiterversammlung hatte sich mit den ausgesparten Kollegen am Theaterumbau zu beschäftigen. Nach Befanntgabe des Sachverhalts durch den Vorsitzenden erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen derselben voll und ganz einverstanden. Die ausgesparten Kollegen wurden von seiten der Versammlung aufgefordert, standhaft zu bleiben, bis die gerechte Forderung von seiten der Bauleitung anerkannt wird. Die Kollegen erblickten in dieser Handlungsweise, wie sie von seiten der Bauleitung in Szene gesetzt wurde, nur eine Niederdrückung der Organisation. Auch spricht die Versammlung ihre volle Enttäuschung darüber aus, daß unser Verbandsvorstand sich noch in keiner Weise um diese Angelegenheit gekümmert, trotzdem diesem von seiten unseres Vorstandes volle Aufklärung gegeben und eingehend berichtet wurde. Die hiesigen Kollegen finden es unbegründet, warum keine Antwort auf abgeordnete Depeschen eingelaufen ist, da doch auch die Baugesellschaft um seine Vermittlung gebeten hatte. Die Versammlung ist sich darüber klar, wenn sich der Zentralvorstand dieser Sache angenommen hätte, diese schließlich schon erledigt wäre. Wüthig hat auch der Verbandsvorstand die Weiterdauer dieser Angelegenheit durch sein laues Verhalten zu tragen.

Anmerkung der Redaktion. Hier ist zu bemerken, daß nach Eingang der Depesche am 8. d. M., welcher ein Brief vom Vorsitzenden folgte, sofort alles dem Gauleiter übermittelte wurde; der Vorstand wurde nach Postta zur Aussperrung gerufen. Es folgte am andern Tage eine Depesche, nach welcher der Vorstand, welcher noch nicht zurück war, nach Colmar zur Verhandlung kommen sollte. Es ging am Donnerstag dann sofort ein Brief an den Vorsitzenden der Zahlstelle, worin die Meinung des Vorstandes ausgedrückt war, welcher eine Aussperrung nicht darin erkennt, sondern der Meinung ist, durch persönlichen Zwist sei der Konflikt entstanden, welcher sich durch Eingreifen einer umsichtigen Lokalverwaltung regeln muß. Beseitigen läßt. Andernfalls wird es auch der Bauleitung gelingen. Ob das nun in dem Bericht Angegebene den Tatsachen entspricht, mögen die Kollegen selbst beurteilen.

Obelsbach am Main. Am 6. August tagte im Lokal des Herrn Albert eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Rothmund aus Stuttgart über: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. Der Referent beleuchtete in eingehender Weise, wie die Gewerkschaften entstanden, wie sie sich entwickelten und was sie leisten können. Redner ging auf die Verhältnisse im Maintal ein, wo die traurigsten Löhne bezahlt werden und wo es die Unternehmer verstehen, die Arbeiter zu drücken, wo sie nur können. Redner ermahnte die Kollegen, sich samt und sonders dem Zentralverband deutscher Steinarbeiter anzuschließen. (Lebhafte Beifall.) Da Kollege Gaul abgereist ist, wurde als Revisor Kollege Göring gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des Nachkollegen Otto Spindler gegenüber unserm früheren Vertrauensmann Otto Stegen gerügt. Kollege Stegen war selber anwesend und sprach sein Bedauern darüber aus, daß es organisierte Kollegen gibt, die es noch wagen, mit solchen Sachen hervorzutreten. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß es noch Kollegen gibt, die sie führen, die ihr ganzes Wohl und Wehe dem Verbandsopfer, so hintergehen. Nun, Kollegen, an Euch liegt es nun, bildet eine Macht, wie es die Unternehmer sind, und tretet ein in unsre Reihen und füllt die Lücken aus, die noch leer sind!

Deffau. Die Firma Baron sucht tüchtige Bausteinmehrer, natürlich heißt es: bei gutem Lohn. Nun welche Enttäuschung bei der Ankunft. Die Werkstelle (für 12 Mann) spottet aller Beschreibung. Der Abort verbreitet einen Gestank, daß das Auftreten der Cholera nicht wunder nehmen dürfte. Von der Frühstücksbude schweigen wir. Gearbeitet wird hier noch 10 Stunden. Wo bleibt da die Verordnung des Bundesrats? Nun, wir werden aber sofort Abhilfe schaffen. Das wären ja nette Zustände, wenn die Herren Poliere bloß sagen könnten, wir haben ja Erlaubnis, länger arbeiten zu lassen. Wir wollen sehen, ob dem so ist. (Einen Verband brauchen die Steinmehrer von Deffau selbstredend nicht. Die Red.)

Geismar. Am 3. August tagte im Eichsfelder Hof eine gut besuchte Steinmehrerversammlung. An Stelle des abgereisten 2. Vorsitzenden wurde Kollege Schütze und als Revisor Kollege Große gewählt. Der Tarif ist auch von unserer Firma Gentschel bewilligt, und ist derselbe in die Druckerei gegeben worden. (3 Exemplare sind dem Zentralvorstand zu überreichen. D. Red.) Im Punkt Verschiedenes wurde beantragt, eine Sammelliste auszuliegen für die Kollegen in Schweden. Ferner wurde noch festgestellt, wie es gehalten wird, wenn ein Kollege aus unsrer Mitte scheidet. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen, die jetzt hier sind, alle gut organisiert sind, aber auch dem Verbands treu bleiben sollen, wenn sie zurückkommen in ihre Heimat und nicht gegen alles gleichgültig sein sollen. Zuletzt erlitten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen J. Nebauer durch Erheben von ihren Plätzen.

Halberstadt. Am 9. August fand vor dem Gewerbegericht Einigungsverhandlung statt. Das Resultat lautete für uns ungünstig. Wegen Kontraktbruchs diktierte man jedem Steinmehrer 12 Mark Strafe zu. Die Meister lassen in ihrer Miltätigkeit diese Summen der Armenkasse überweisen, die Steinarbeiter lassen sich aber dadurch nicht imponieren. Der Stundenlohn wurde nicht festgesetzt, sondern in Halberstadt muß jetzt ebenfalls im Accord gewürget werden. Anders ist dieses Arbeiten nicht zu nennen, wenn man auf seinen Lohn kommen will. Die Steinmehrer sind eigentlich selbst an der geschaffenen Situation mit schuld, denn die Organisationsverhältnisse hätten hier besser sein können. Bei einer Firma fanden sich Kollegen veranlaßt, Feierabend zu machen, die schon 5—8 Jahre beschäftigt waren, denn der Druck war unaushaltbar. Reichtum kann in Halberstadt nicht gesammelt werden. Die hiesigen Steinmehrer sind froh, wenn sie bei bester Gelegenheit den Brotherrn Ballet sagen können. Die reisenden Kollegen mögen von diesen Zeilen Notiz nehmen.

Kirchheim (Unterfranken). Am 8. August fand im Gasthaus zum Löwen eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Die Kollegen von Kleinminderfeld fanden es nicht der Mühe wert, in der Versammlung zu erscheinen. Referent Rothmund aus Stuttgart wußte in klaren Worten den Kollegen die Entstehung der gewerkschaftlichen Bewegung und deren Aufgaben zu erklären. Auch legte er den Kollegen ans Herz, für den Verband zu agitieren. Er erntete für seine glänzenden Ausführungen den lebhaftesten Beifall. Im Punkt Verschiedenes wurde die große Wucherei bei der Firma C. Schilling-Verlinschwer gerügt, welcher Uebelstand unbedingt beseitigt werden muß. Auch wurde die Neuwahl eines Gauleiters besprochen, welche in der Konferenz geregelt werden wird.

Mannheim. In der öffentlichen Steinarbeiterversammlung

vom 9. August referierte Gauleiter Kraft über die Bundesratsverordnung und deren Durchführung durch die Behörden. Er führte aus, daß, nachdem nach schweren Kämpfen, gestützt auf jahrelang mühsam gesammeltes Material, die Steinarbeiter es soweit gebracht haben, daß die Bundesratsverordnung eingeführt wurde, die Unternehmer bereits wieder darangehen, dieselbe zu Fall zu bringen. Es sei zwar in der gemeinsamen Sitzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Karlsruhe, unter dem Vorsitz der Gewerbeinspektion, die Petition des Verbandes der deutschen Steinmehrer zu unsern Gunsten für Baden entschieden worden, jedoch sei es Sache der Steinarbeiter selbst, nicht nur für Aufrechterhaltung der Verordnung, sondern in gleichem Maße für wirkliche Durchführung derselben einzutreten. Wir hätten alle Ursache, bezüglich der jetzigen Fabrikinspektion auf dem Plan zu sein, da selbige sich bis jetzt immer besser fähig gezeigt habe, den Anwalt der Kapitalisten zu spielen, als den der Arbeiterkraft. Daß wir keinen Wörthofer mehr haben, das beweist die Art und Weise, wie bis jetzt die Bundesratsverordnung durchgeführt wurde. Betrachte man demgegenüber das Vorgehen des Regierungsvertreters von Bayern in der Pfalz, so sehe man erst, wie trag der Unterschied sei. Es wurde zum Schluß ein Beschluß gefaßt, alle Mißstände auf den hiesigen Plätzen zusammenzufassen und dem Bezirksamt zur Durchführung zu überweisen.

Naumburg. Am Sonnabend, den 13. August, tagte hier in Gehekreits Garten eine nicht gut besuchte Mitgliederversammlung. Der Kassierer verliest die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Die Einnahme ergab 217,26 Mark, die Ausgabe 156,80 Mark, bleibt Bestand 60,46 Mark. Zu erwähnen sei noch, daß die Extrasteuer von 5 Pfg. pro Woche ein Mehr von 17,60 Mark ergeben hat. Da nun sämtliche Meister unsere Forderungen bewilligt haben, so ist nun unsere Lohnbewegung zu Ende und die Sperre über Wilhelm und Leichring aufgehoben. Pflicht eines jeden Kollegen ist es nun, das, was die Meister unterschrieben haben, hochzuhalten. Der Ortsstatistiker verliest die Statistik und ermahnt, diese viel gewissenhafter auszufüllen. Die Statistik soll im Steinarbeiter veröffentlicht werden. Betreffs Krankenzusatzkasse am Orte werden drei Mann gewählt, welche die Statuten auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorlegen sollen.

Striegau. Am Mittwoch, den 10. August, tagte in der Bierquelle zu Gräben eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Zum 1. Punkt: Tarifangelegenheiten, erhaltete Kollege Ruffert Bericht über den Stand der Verhandlungen. Von dem Vertrauensmann der hiesigen Arbeitgebervereinigung, Herrn Direktor M. Wandrey-Ober-Streit, ist ein Schriftstück eingegangen, in welchem derselbe mitteilt, daß ungefähr in 2 Wochen die Arbeiter benachrichtigt würden, ob die Herren Arbeitgeber mit uns Tarifverhandlungen anknüpfen oder nicht. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in der Bierquelle tagende Steinarbeiterversammlung erklärt die Frist von 14 Tagen für zu lange, da dies geeignet ist, die Sache zu verschleppen, und beauftragt den Vorstand, in diesem Sinne bei Herrn Wandrey vorstellig zu werden.“ Beim 2. Punkt: Wahl einer Lohnkommission, wurde beschlossen, für die Betriebe der Firma Lehmann eine besondere Lohnkommission in den betreffenden Betrieben zu wählen, da Herr Lehmann nicht Mitglied der Arbeitgebervereinigung ist. Für die Betriebe der vereinigten Arbeitgeber wurden von jedem Platz 2 Mann gewählt. Beim Punkt 3 wurde das Gesuch eines auswärtigen Kollegen um Aufnahme in die Zahlstelle zwecks Zugehörigkeit zur lokalen Krankenunterstützungskasse abgelehnt, da eine Kontrolle bei etwaiger Krankheit zu erschwert wäre.

Springe. Am Sonntag, den 7. August, fand im Saale des Herrn Stenzig eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter von Springe, Osterwald, Altenhagen I und Hamelspringe statt, in welcher Kollege M. a. u. aus Bremen über die heutige wirtschaftliche Lage einen Vortrag hielt. Redner verstand es, der Versammlung den Zweck unseres Verbandes recht klar und deutlich vor Augen zu führen. Als ein guter Fortschritt unserer Zahlstellen ist es anzusehen, daß sich zehn italienische Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Leider war der Besuch nicht so rege, wie er hätte sein müssen. So waren z. B. von Altenhagen I, wo circa 30 Kollegen arbeiten, nur zwei anwesend. Dem Kassierer Hägnich wurde betreffs Abrechnung vom letzten Quartal Entlastung erteilt. Ein Antrag, daß pro Quartal und Kopf ein Gaubeitrag von 10 Pfg. erhoben werden soll, wurde einstimmig angenommen. (Andern Zahlstellen zur Nachahmung empfohlen. D. Red.) Im Punkt Verschiedenes wurden die umliegenden Betriebe betreffs der Bundesratsverordnung schwer gerügt. So war z. B. im Betriebe Wede, Osterwald, kaum genügend Trinkwasser vorhanden, noch viel weniger zum Vesprenen der Steine. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Behörden sich mehr dafür interessierten.

Rundschau.

Jubiläum. Stadtrat Ehmig in Leipzig, bis vor kurzem Steinmehrermeister hier, war 31 Jahre Vorstand und Obermeister der Leipziger Steinmehrerinnung. Er war gelehrter Steinmehrer und ist jetzt in den Ruhestand getreten, wieviel seiner Mitkollegen konnten das Gleiche machen? Wohl keiner! Wir gönnen E. seinen Besitz, ist es doch wiederum ein Beweis, daß die Steinmehrermeister immer noch ihren Reiback verdienen, wo der Steinarbeiter dagegen bleibt, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.

Dem Verbands deutscher Steinmehrgeschäfte sind beigetreten Hled und Illmert, Sandsteinwerke in Rottwerndorf bei Pirna; E. Kelsch, Marmorwerk in Wittenberg; M. Luerswald in Lohmen; Kühnel u. Richter, Steinmehrermeister in Pirna; Höhne u. Schäfer, Steinmehrermeister in Leipzig.

Wie die Steinmehrermeister sich Profit verschaffen. In Leipzig wurden von seiten der Stadt zu einem Profianbau die Steinmehrarbeiten an einen biederen Zinnungsmeister vergeben. Es waren u. a. Hauptstimmstücke und Architrave anzuliefern. Der profitlustige Zinnungsmeister verstand es mit seinen eigenartigen Geschäftspraktiken an den zu liefernden Materialien ungeheuer zu sparen, indem die Steine anstatt 40 cm tief, nur etwa 20—25 cm tief geliefert wurden. Welchen Profit der Meister auf diese Weise auf Kosten der Stadt einheimste, kann man sich denken; es kommt dann noch hinzu, daß der Steinmehrer ja auch die Lagerungen in der verbleibenden Größe bezahlt erhält. Vielleicht nimmt sich dieser Manipulation im Stadtparlament ein Arbeitervertreter an.

Die Zinnungsmeister sollten in erster Linie bestrebt sein, das Handwerk zu heben, in Leipzig scheint das nicht der Fall zu sein.

Eine nette Zinnung! Die Leipziger Steinmehrerinnung erlitt sich nach Jahren endlich, daß sie das Statut auf das größtmögliche umging, indem sie keinen Gesellenausschuß wählen ließ. Nun verlangt die Zinnung, es sollen die Steinmehrer bloß einen Steinmehrer in den Ausschuß entsenden. Unsere Kollegen kamen dem mit Recht nicht nach, denn § 47 des Statuts besagt, daß der Gesellenausschuß aus 3 Mitgliedern und 3 Ersatzleuten zu bestehen hat, die Jünkler lassen sich mit einem Deputierten schon genügen. Ueber die ungesetzliche Handlung sind sich die Jünkler wohl kaum im klaren. Die Steinmehrer erwarten immer aufgefordert zu werden, den Gesellenausschuß zu wählen, wie dies der § 43, Abs. 3 klar und deutlich vorschreibt. Die Zinnungen, die weder Fisch noch Fleisch sind, können sich ja alles erlauben.

Submissionsresultate.

Submissionsanfrage. Um die Herstellung der Zimmerarbeiten zu einem Kasernenbau in Stettin bewarben sich 11 Submittenten, mit dem Resultat, daß 48 019,50 als höchste (F. Dahn-Stettin) und 34 545,40 (Kosberg-Stettin) als niedrigste Forderung herauskamen. — Bei Vergebung der Reparaturarbeiten an der Kirche in Warstorf, die zu 4300 Mk. veranschlagt waren, erhielt der Unternehmer Wiebers aus Seiligenloh mit 2107 Mk. den Zuschlag. — Um die Tischler- und Beschlagarbeiten mit Material zum Bau einer Baracke auf dem Artilleriechießplatz Wahn bewarben sich acht Unternehmer. Bei Los I differierten die Offerten zwischen 2011,10 Mk. und 3287,25 Mk., bei Los II zwischen 1994,77 Mk. und 3244,17 Mk.

Eine noch subtilere Berechnung scheinen einige Unternehmer angestellt zu haben, die sich um die Ausführung der Sockelverblendung an Erweiterungsbau der Oberrealschule in Barmen bewarben. Die Verblendung soll mit Ruhrkohlen sandstein hergestellt werden. Die Submittenten forderten: Westhofener Steinbruchbetrieb 2015, A. Schüler-Herdecke 2542, Schulze-Barmen 3100, Osberg-Haus-Barmen 4262 und Watzmann u. Sohn-Essen 4805 Mk. Wenn schon solch kleines Objekt anscheinend nicht richtig zu berechnen ist, so darf man sich nicht allzusehr wundern, daß die Unternehmer bei der Berechnung größerer Bauten ganz und gar in die „Brüche“ geraten.

L'Operaio Italiano

veröffentlicht in seiner letzten Nummer (15) eine gelungene Karikatur über die Tätigkeit der beiden italienischen Bischöfe Bonmolli und Scalabrini, welche eine Art Streikbrecherzucht unterhalten und besonders nach Deutschland solch nützliche Ware abzusetzen versuchen. Der eine Bischof, mit vollem Ornat, führt an einem Ketten einen riesigen Streikbrecher, welcher willig den Pfad des Kirchenfürsten wandelt. Der Streikbrecher ist um seine Sicherheit selbst, so scheint es, recht bemüht, denn er trägt einen riesigen Knüppel nebst Dolch und Revolver, es sind dies ja die bekannnten geistigen Waffen solcher Individuen. Der äußerst gelungenen Karikatur ist ein längerer Artikel beigegeben, welcher die Tätigkeit der beiden Bischöfe aufs eingehendste schildert. Für die italienischen Kollegen ist diese Nummer von größtem Interesse. Durch das Entgegenkommen der Redaktion des L'Operaio Italiano sind wir in der Lage, etliche hundert Nummern zu Agitationszwecken sofort kostenlos abzugeben und bitten die Vertrauensleute, wo italienische Kollegen beschäftigt sind, gleichviel ob organisiert oder nicht, um Abgabe der notwendigen Exemplare zwecks Uebersendung. Bestellungen sind an die Redaktion des Steinarbeiters zu richten.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Weihen. Die Steinarbeiter Hermann Bär, geb. den 27. August 1861 zu Nidlasdorf (Verbands-Nr. 7089), Johann Gareis, geb. den 21. Oktober 1884 zu Geirees (Verbands-Nr. 8365), Max Wähle, geb. den 4. August 1879 zu Ebbau (Verbands-Nr. 6965) und Johann Greiner, geb. den 14. Oktober 1880 zu Leipzig (Verbands-Nr. 1028) sind von hier abgereist, ohne ihre Bücher, letzterer die Reisefarte, mitzunehmen. Dieselben liegen hier. Oskar Kunad, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 13. August 1904.
Geismar, Streikunterstützung 21.60; Floß, Beitrag 12.—, Eintrittsmarken 6.50; Raffel, Beitrag 64.—; Nürnberg, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 10.—; Greifswald, Beitrag 25.20; Hamburg I, Beitrag 128.—; Börry, Beitrag 2.90; Essen, Beitrag 64.—; Blomberg, Beitrag 3.20; Mühlhausen i. Th., Beitrag 61.12, Eintrittsmarken 1.—; Erschmarcken 0.50, Delegiertensteuer 2.50; Sommerfeld, Beitrag 1.60, 3. Qu. 0.10; Rothenburg, Beitrag 28.—; Mühlhausen i. Th., 1.-2. Qu. 114.10, Inzerate 5.90, Maimarken 6.—, Plagbücher 10.—, Protokolle 14.—; Hörfel, Beitrag 8.10; Wausen, Streikunterstützung 12.—; Geyer, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 12.50, Delegiertensteuer 5.—; Nördlingen, Beitrag 28.—; Fichtelberg, 3. Qu. 1.20; Dortmund, Beitrag 15.—; Mühlhausen, Beitrag 167.16, Eintrittsmarken 10.—, Erschmarcken 0.75, Delegiertensteuer 5.25; Striegau, Beitrag 500.—; Berlin, 2. Qu. 13.80; Brandenburg, Beitrag 64.—, 3. Qu. 10.80, Eintrittsmarken 1.50; St. Bilit, Beitrag 56.—, Maimarken 6.50, Delegiertensteuer 8.50; Bremen I, Beitrag 96.—; Rensdorf II, Beitrag 87.50, Eintrittsmarken 12.—; Hoberg, Beitrag 19.60, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 1.—, Maimarken 0.50, 2. Qu. 3.60; Glöwen, Beitrag 4.60; Leopoldshall, Beitrag 5.80; Frankfurt a. M., Beitrag 128.—; Emden, Beitrag 5.—; Seuffen, Beitrag 84.—; Reistenhausen, Eintrittsmarken 1.—, Beitrag 0.70; Börrach, Beitrag 3.10; Plauen, Beitrag 84.—, Maimarken 8.25; Kirchheim, Beitrag 79.52, Eintrittsmarken 3.—, Maimarken 0.25; Rütchen, Beitrag 31.75, Eintrittsmarken 13.—, Delegiertensteuer 6.50. Feltz Lange, Kassierer.

Briefkasten.

B. Nein, ihr habt kein Recht, das Buch einzubehalten. Derjenige, der sich das Buch ausstellen ließ, ist Besitzer desselben. Durch das Borgsystem werden eben Fasenhöler großgezogen.

L. Ueberweise die Akten dem Arbeitersekretariat; wir haben unmöglich Zeit, uns durch den umfangreichen Schriftsack hindurchzuzwängen.

München. Findet gelegentlich Verwendung.

Chemnitz, H. Das Eingekaufte wegen des Vergnügens ist ja gut, wir können uns aber in solche Angelegenheiten nicht mengen. Das zu regeln ist Sache der Versammlung.

N. B. Wenn das Berichtete auf Wahrheit beruht, so ist das Eure Schuld, wenn solche Personen in Amt und Würden gesetzt werden.

Anzeigen.

Spitzeisenstahl

achtkantig und rund, ausgezeichnete Qualität und billig empfiehlt

Ernst Fritzsche, Kiel, Ringstraße 39.

Todes-Anzeige.

Am 5. August starb unser Kollege

Nic. Wirtz

im Alter von 38 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter Elberfelds.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.